

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vielen fragen sich, warum wir aus der Fraktion ausgetreten sind und eine neue Fraktion in Hanau gegründet haben.

Eine Zusammenarbeit mit Frau Agit war nicht mehr möglich, nachdem Frau Agit sowie Herr Jakoby mit unhaltbaren Vorwürfen gezielt gegen verdiente Parteimitglieder an die Presse gegangen sind. Somit gab es innerhalb der Fraktion keine Arbeitsgrundlage und kein Vertrauensverhältnis mehr.

Zudem hat die Mitgliederversammlung der LINKEN am 02.03.2013 Frau Agit und Herrn Jakoby einstimmig aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen und aus der Partei auszutreten. Die Mitglieder hatten somit auf die von Frau Agit und Herrn Jakoby getätigten Beleidigungen reagiert.

Wir betonen, dass wir die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung nahtlos fortsetzen werden. Denn das erwarten nicht nur unsere Mitglieder der Partei DIE LINKE, sondern auch die Wählerinnen und Wähler von uns.

Ihre LINKSFRAKTION Hanau



Jochen Dohn



Ulrike Hanstein

Weitere Informationen finden Sie unter

http://www.die-linke-hanau.de/fraktion/fraktion_hanau/erklaerung_zur_gruendung_der_linksfraktion_hanau/

Erklärung des Stadtverbandsvorstandes:

Unsere beiden Stadtverordneten Ulrike Hanstein und Jochen Dohn haben am **08.03.2013 gegenüber der Stadtverordnetenversammlung** ihren Austritt aus „DIE LINKE. Fraktion in der Hanauer Stadtverordnetenversammlung“ und gleichzeitig die Gründung „Linksfraktion Hanau“ erklärt.

Nach den öffentlich ausgetragenen Querelen können wir diesen Schritt verstehen. Als Stadtverbandvorstand sehen wir die neue Fraktion als unsere an, da sie die Arbeit für DIE LINKE weiter fortführen wird und werden sie weiterhin mit allen Mitteln unterstützen.

Für den Stadtverband
Michaela Block und
Ralph-Jörg Mathes

Danke,
für Ihr Vertrauen!

LINKSFRAKTION Hanau

Seite 2

7 Jahre und kein bisschen leise

**BÜRGERINITIATIVE
„KEIN
WORTBRUCH
IN HANAU“**



**KEIN WEITERER
CHEFPOSTEN IM RATHAUS!**

- Drei Hauptamtliche – und keinen mehr!
- Wortbruch des Oberbürgermeisters
- Rekordverschuldung der Stadt
- Kräftige Steuer- und Gebührenerhöhungen
- Kürzungen bei den Stadtbeschäftigten

Jetzt entscheiden die Hanauerinnen und Hanauer!

Stimmen Sie am **23. September 2012** mit



für maximal drei hauptamtliche Magistratsmitglieder im Hanauer Rathaus und gegen die sinnlose Verschwendung von Steuergeldern.

Bürgerinitiative „Kein Wortbruch in Hanau“
www.hanau-buergerentscheid.de

Unterstützen Sie uns auch im Internet auf Facebook.de



Quorum verfehlt — aber trotzdem gewonnen!

Anfang Dezember 2012 kam die große unerwartete Überraschung: Oberbürgermeister Kaminsky ver-

kündigt, den Verzicht auf den vierten Stadtratsposten und will anstelle der Wiederwahl von Dr. Piesold (FDP) lieber den Grünen Kowol als Stadtrat. Die absevierte FDP hat daraufhin die Kleeblatt-Koalition verlassen.

Kurz zuvor sah es noch ganz anders aus, obwohl sich fast 13.000 Hanauerinnen und Hanauer beim Bürgerentscheid gegen einen weiteren Posten ausgesprochen hatten, wurde das Quorum von 25 Prozent, um rund 2.500 Stimmen verfehlt. Danach wollten SPDGrüneBfHFDP weiter durchregieren. Aber auch durch die finanzielle Lage Hanaus blieb die Stimmung aufgeheizt und auf das „weiter so“ kam die Kehrtwende.

Für die Bürgerinitiative „Kein Wortbruch in Hanau“ ist das ein großer Erfolg und lässt auch bei anderen politischen Fehlentwicklungen hoffen. Jedoch muss sich die Kleeblatt-Koalition schon die Fragen gefallen lassen: Warum erst jetzt?

Warum mussten erst Steuergelder für einen Bürgerentscheid ausgegeben werden? Die instabile Lage der Hanauer Finanzen ist doch längst bekannt. Warum setzt sich die Vernunft erst jetzt durch?



Hanauer Finanzlage instabil?

Der hessische Rechnungshof hat der Stadt Hanau eine "instabile Haushaltslage" attestiert. Die Stadt soll eine Milliar-

den Euro Schulden haben und das Anlagevermögen sei zu hoch bilanziert worden. Dass der Schuldenstand hoch ist wusste jeder, aber auch die Höhe?

Oberbürgermeister Kaminsky räumt ein, dass nach der Rechnung eines Gesamtabschlusses (inkl. Verwaltung, Holding, Eigenbetriebe) die Stadt ein Vermögen von 1,7 Milliarden Euro hat. Dem gegenüber stehen Verbindlichkeiten und Rückstellungen, inklusive der Sonderposten, in Höhe von 974 Millionen Euro. Im Ergebnis würde dies ein positives Eigenkapital von 734 Millionen Euro bedeuten. Jedoch wurde auch klar, dass viele Plätze in der Bilanz mit einem zu hohen Vermögenswert angesetzt wurden. Die Korrekturen sind schon am Laufen.

Hanau im Entschuldungsfonds — fälschlicherweise als „kommunaler Rettungsschirm“ titulierte

54 Millionen Euro will das Land Hessen in den nächsten Jahren zusteuern, damit Hanau sich entschulden kann. Der Satz stimmt zwar, aber viele wissen nicht, welche „Schweinereien“ dahinter stehen. Wir haben diese Erpressung durch das Land abgelehnt.

Die CDU-FDP Landesregierung kürzt den Kommunalen Finanzausgleich jährlich um rund 344 Millionen Euro. Hanau verliert dadurch 1,7 Mio. Euro im Jahr. Ha-

Achtung Warnhinweis!

OB Kaminsky: „Wir müssen gleichzeitig Gas geben und bremsen.“

Bitte dies beim Fahren nicht nach machen!

nau hat sich verpflichtet bis 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Bei der derzeitigen Politik bedeutet dies noch weitere Kürzungen im Sozialen.

Natürlich hat zu aller erst die Steuersenkungspolitik für Spitzenverdiener und Unternehmen sowie die Ausgabenverlagerung von Bund und Land auf die Kommunen, ihren Anteil an der finanziellen Schieflage. Aber auch in Hanau ist jahrelang und wird auch weiterhin Geld verschwendet. Hier sei an den über-

dimensionalen Innenstadtumbau erinnert. So haben zum Beispiel andere Städte auf ihrem Busbahnhof Überdachungen und Wartehäuschen. Hanau bekommt seine extra angefertigten Paillettenschirm, um sich für ein „Weltkulturerbe“ zu bewerben. Zwar wurde auf das Brüder-Grimm-Kulturzentrum und den Luxus-Rathausumbau verzichtet, aber die unnötige Bebauung auf dem Marktplatz wird durchgezogen. Dabei hätte die notwendige Sanierung der Marktplatztiefgarage gelangt. Außerdem fordern wir auch weiterhin, die Brandschutzsanierung und Barrierefreiheit für das Neustädter Rathauses. Gleichzeitig wurde die Grundsteuer B zum zweiten Mal erhöht. Dies lässt die Nebenkosten der Miete noch weiter steigen. Außerdem werden die Ganztagsgebühren in der Kindertagesbetreuung erhöht.

Die Gebührenfreiheit für den Halbtagsplatz für die letzten 3 Jahre vor der Einschulung bleibt zwar, jedoch trifft es gerade die Menschen besonders hart, die über der Gebührenbefreiungsgrenzen liegen, aber trotzdem rund um die Uhr arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wir verfolgen weiterhin das Ziel, dass das Recht auf Bildung und Förderung schon im Vorschulalter gebührenfrei sein muss.

Außerdem werden alle Neuverträge mit den sozialen Trägern pauschal um 5 Prozent gekürzt. Der Personalabbau wird das 1 Prozent pro Jahr noch vorangetrieben.

Auch bei den Stadtverordneten und Ortsbeiräten soll durch Verkleinerung gespart werden. Dies trifft vor allem die kleinen Fraktionen. Die Hanauer Politiklandschaft ist bunt gefächert und die Einführung der neuen Ortsbeiräte, als direkte Ansprechpersonen vor Ort, hat sich bewährt. Nun soll dies vorwiegend SPD, CDU und Grüne zu Gute kommen. Die Bürger für Hanau zählen sich zwar gerne auch da dazu, das Wahlergebnis spricht aber eine andere Sprache.

Dagegen haben wir gefordert: Radikale Kürzungen beim Innenstadtbau und der Massenwerbung. Anhebung der Gewerbesteuer um 10 Punkte und Abschöpfung der Gewinne der Sparkasse Hanau, auch wenn dabei der Main-Kinzig-Kreis und das Finanzamt kräftig mitverdient. Verringerung der Anzahl der Ausschüsse und Kürzung der Aufwandsentschädigung der Magistratsmitglieder, Stadtverordneten und Ortsbeiratsmitglieder schon in dieser Wahlperiode. Kein Verkauf der Gewinnbringer (z. B. Parkhaus und Hafen) sowie von Baugesellschaft und Klinikum Hanau.

Newsletter

Im letzten Jahresbericht hatten wir auf unseren monatlichen Newsletter hingewiesen, den wir von Seiten des Stadtverbandes und der Fraktion herausgegeben haben. Wir haben uns entschlossen, diesen vorerst wieder einzustellen. Leider stand der Arbeitsaufwand in keinem Verhältnis zur Resonanz.

LINKE Zustimmungen

Einigen Anträgen der anderen Fraktionen oder des Magistrates konnte die Linksfraktion zustimmen. Hier eine kleine Auswahl:

- **Veräußerung des Grundstücks Feuerbachstraße 47** damit sich das **Behinderten-Werk Main-Kinzig e.V.** vergrößern kann
- Angebote für City-Fahrrädern, E-Bikes und Car-Sharing prüfen
- Abschluss der Vereinbarung mit **dem Verein „Kinderfreundliche Kommune e.V.“**
- Schulversuch zur Eröffnung der Möglichkeit eines Parallelangebotes G8/G9 an der Karl-Rehbein-Schule und der Hohen Landesschule
- Gegen eine europaweite Wasser-Privatisierung
- Bewerbung um die Ausrichtung des Hessentages in Hanau wird aufgehoben

Unsere Anträge von Mai 2012 bis April 2013

Der Magistrat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass in Hanauer Schulen der Unterricht am Tag nach dem Bürgerfest später beginnt.

abgelehnt

Der Magistrat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass für die Ferienzeit eine Familienkarte für die Hanauer Schwimmbäder eingeführt wird.

Abgelehnt

Der Magistrat wird aufgefordert, im Dialog mit HBB, die Hanauer Geschichte zu würdigen und die sensationellen historischen Relikte, die bei den archäologischen Ausgrabungen gefunden wurden, zu erhalten. Dazu soll geprüft werden, wie die Relikte der Öffentlichkeit präsentiert werden können, oder die Relikte an ihrem ursprünglichen Ort unversehrt, nach entsprechenden Dokumentationen für nachfolgende Generationen, im Boden zu belassen.

abgelehnt

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend an alle wahlberechtigten Hanauerinnen und Hanauer einen Musterstimm-

zettel zum Bürgerentscheid am 23. September 2012 zu versenden.

Änderungsantrag der Kleeblatt-Koalition wurde angenommen

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Hanau einen für einkommensschwache oder besonders große Privathaushalte verträglichen **Gas- und** Stromtarif zu prüfen.

angenommen

Der Magistrat wird aufgefordert, zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) ein Konzept gegen das „Linksradeln“ zu erstellen.

Zurückgezogen - da ein Konzept kurz vorher angekündigt wurde

Der Magistrat sollte prüfen, ob in Hanau die „Nette Toilette“ eingeführt werden kann.

angenommen

Der Passus in der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Hanau:

„Die Fälligkeitstermine 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November werden aufgehoben. Die Hundesteuer ist als

Jahressteuer einmalig zum 01. Juli eines Kalenderjahres festzusetzen“

wird gestrichen. Es bleibt bei der alten Regelung.

abgelehnt

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögensteuer aus und tritt **dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“** bei.

2. Der Magistrat wird aufgefordert, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer entsprechend einzusetzen.

Nicht ganz unerwartet hat der Rest des Hanauer Präsidiums in seiner „Weisheit“ entschieden, dass der Antrag zur „Vermögensteuer jetzt“ nicht mit der Geschäftsordnung vereinbar wäre und somit wurde er von der Tagesordnung gestrichen. Dies ist ein Novum, da es uns zum ersten Mal passiert ist.

Der Magistrat wird aufgefordert, die Pläne zu einer Neubebauung des Hanauer Marktplatzes zurückzustellen und stattdessen die ursprüngliche kostengünstigste Variante zur barrierefreien Bestandssanierung des Historischen Rat-

hauses incl. der erforderlichen Brandschutzmaßnahmen vorzuziehen.

abgelehnt

Der Magistrat wird aufgefordert gemeinsam mit der Geschäftsleitung der Klinikum Hanau GmbH, in einer Haupt- und Finanzausschusssitzung über die aktuelle Situation des Klinikums und über die Zusammenarbeit mit anderen Kliniken bzw. eventuelle Klinikverbünde (inkl. dem sogenannten Grüttner-Konzept) zu berichten.

angenommen

Aktuelle Stunde: Neues Kinderförderungsgesetz (KiföG) – Auswirkungen auf die Kindertagesbetreuung in Hanau

Der Magistrat der Stadt Hanau wird gebeten zu prüfen, ob Parksünder ihren Strafzettel mit bezahlter Quittung bei der Hanauer Straßenbahn GmbH einreichen können, um im Gegenzug ein Tagesticket für das gesamte Hanauer Stadtgebiet zu erhalten.

abgelehnt



Quelle: Kritiker des Innenstadumbaus

Das Ende vom Westkarree. Auch das Ostkarree wird das selbe Schicksal teilen.

Unsere Haushaltsanträge für den Doppelhaushalt 2013/2014

Im Stellenplan 2012/2013 wird die vierte hauptamtliche Stadtratsstelle gestrichen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 sind die Mittel für den Straßenneubau Innenstadtgestaltung auf jeweils 250.000,- Euro zu kürzen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Einnahmen aus der CPH-Vermietung jeweils um 150.000,- Euro auf 500.000,- Euro gekürzt.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Mittel für 2013 für die Ferienspiele wieder um 15.000,- Euro erhöht und nicht gekürzt.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Kürzungen für die Kurse der Seniorenarbeit von jeweils 10.000,- Euro zurückgenommen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Kürzungen bei den Selbstbehauptungskursen für Schülerinnen von jeweils 2.000,- Euro werden zurückgenommen und nicht komplett gestrichen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Kürzungen für die Familienhebammen von jeweils 11.000,- Euro wieder zurückgenommen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden alle Kürzungen im Fachbereich 51 zurückgenommen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 wird der Gewerbesteuerhebesatz um 10 Punkte auf 440 Punkte erhöht.

Im Stellenplan 2012/2013 wird die Stabstelle Prävention gestrichen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Mittel für die Stadtteilmütter erhöht, damit dies in allen Sozialräumen angeboten wird.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Einnahmen von 1,5 Mio. Euro für den Verkauf des Westkarree gestrichen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Mittel für 2013 für den Mehrbedarf TGH Jubiläum von 452.000,- Euro gestrichen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Mittel für die Brüder-Grimm-

Märchenfestspiele dahin gehend korrigiert, dass es keine Freikarten für Stadtverordnete mehr gibt.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Mittel für Standortmarketing von jeweils 25.000,- Euro gestrichen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Mittel für Standortmarketing Fremdleistung von 150.000,- Euro auf jeweils 15.000,- **Euro gekürzt.**

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Kürzungen für die Protokolle von Ausschusssitzungen von jeweils 14.000,- Euro zurückgenommen.

Im Wirtschaftsplan 2012/2013 des Eigenbetriebes HVE sind die Mittel für den Markplatzumbau auf 1,4 Mio. Euro zu kürzen, die für Umbau und Sanierung der Tiefgarage benötigt werden.

Im Wirtschaftsplan 2012/2013 des Eigenbetriebes IBM sind Investitionen in **Höhe von 25.000 € für die Errichtung** eines barrierefreien Zugangs zum Stadteilladen Heinrich-Fischer-Haus in Mittelbuchen bereitzustellen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden

die Kürzungen beim Frauennachttaxi von jeweils 10.000,- Euro zurückgenommen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden die Mittel für Fremdleistung beim Stadtumbau (Marketing) von 100.000,- Euro auf jeweils 15.000,- Euro gekürzt.

Es wurde keiner der Haushaltsanträge angenommen.

Anfragen

Des Weiteren hatten wir noch folgende Anfragen an den Magistrat gestellt:

- Sponsoring bei der Baugesellschaft
- Ladenleerstände der Hanauer Parkhaus GmbH
- Ausschüttung des Jahresüberschusses der Sparkasse
- Stromsperrern durch die Stadtwerke Hanau
- Städtische Mittel an die Turngemeinde Hanau und die White Wings

Die vorliegenden Antworten des Magistrates können bei uns angefordert oder auf unserer Website nachgelesen werden <http://www.die-linke-hanau.de/fraktion/anfragen>